

Jugendpolitik

Eva Feldmann-Wojtachnia*

Schlüsselwörter: EU-Jugenddialog, Jugendbeirat, Europäische Jugendarbeitsagenda, Erasmus+

Jugend unter Druck

Europa ist für junge Menschen geprägt von ökonomischer und geopolitischer Unsicherheit. Armut und Einsamkeit wirken sich belastend aus, weite Teile der jungen Generation in Europa blicken kritisch in die Zukunft. 52 Prozent der jungen Menschen beobachten eine Zunahme an demokratiefeindlichem Verhalten und 48 Prozent sehen die Demokratie in ihren Ländern in Gefahr. Immer weniger junge Menschen verorten sich in der politischen Mitte, deutlich haben rechtsextreme Einstellungen zugenommen. Die Jugendpolitik der Europäischen Union (EU) begegnet dieser Herausforderung damit, Bildungschancen und die demokratische Teilhabe zu fördern. Aus Sicht junger Menschen ist die EU im Ganzen gefragt, wenn es um ihre Zukunft geht. Die EU sollte sich in erster Linie um Wirtschaft, Verteidigung und Klimafragen kümmern.¹ Laut der Eurobarometer Jugendumfrage machen sich Jugendliche Sorgen um die Lebenshaltungskosten (41 Prozent), um Frieden (30 Prozent), um die ökonomische Stabilität (27 Prozent) und um den Klimawandel (26 Prozent). Gleichzeitig vertrauen junge Menschen auf eine europäische Lösungskompetenz und sind zu zwei Dritteln mit dem demokratischen System der EU zufrieden.² Sie brauchen in schwierigen Zeiten deshalb verlässliche Strukturen, um in einen konkreten, ressortübergreifenden Austausch über die Gestaltung der Politik zu treten. Es reicht ihnen nicht, nur zu den Kernbereichen der Jugendpolitik – Bildung und Jugendarbeit – gefragt zu werden.

EU-Jugenddialog: Die EU und die Jugend zusammenbringen

Am 1. Januar 2025 hat Polen die Ratspräsidentschaft übernommen und leitete mit Dänemark und Zypern die neue Trio-Ratspräsidentschaft ein. Zugleich startet der 11. Zyklus des EU-Jugenddialogs zum Jugendziel „#1 Die EU mit der Jugend zusammenbringen“, wozu vom 2.–5. März 2025 in Lublin³ und vom 21.–23. September 2025 in Kopenhagen⁴ je eine EU-Jugendkonferenz stattfand. Die Ergebnisse wurden als Empfehlungen in einem Policy

* Leiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU).

1 TUI Stiftung: Junges Europa 2025. So denken junge Menschen zwischen 16 und 26 Jahren, Hannover 2025.

2 Europäische Kommission: Flash Eurobarometer 556, EU challenges and priorities: Young people's views, FL556, Februar 2025.

3 EU-Jugenddialog: Bericht zur EU-Jugendkonferenz in Lublin, abrufbar unter <https://jugenddialog.de/bericht-zur-eu-jugendkonferenz-in-lublin/> (letzter Zugriff: 31.10.2025).

4 Deutscher Bundesjugendring: EU-Jugendkonferenz in Kopenhagen: Empfehlungen für die Zukunft von Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps, 24.9.2025, abrufbar unter <https://www.dbjr.de/artikel/eu-jugendkonferenz-in-kopenhagen-empfehlungen-fuer-die-zukunft-von-erasmus-und-dem-europaeischen-solidaritaetskorp> (letzter Zugriff: 31.10.2025).

Paper⁵ festgehalten und an die Europäische Kommission sowie den Kulturausschuss (CULT) des Europäischen Parlaments übergeben.

Die wesentlichen Ergebnisse aus Lublin zielen auf Maßnahmen zur Förderung demokratischer Werte in den sozialen Medien und die Verbesserung des EU-Jugenddialogs. Auch wurden eine breite Kommunikation über Beteiligungsformate und die Stärkung von mentaler Gesundheit und Resilienz angesichts multipler Krisen als wichtig erachtet.

Die Forderungen aus Kopenhagen richten den Fokus auf die Weiterentwicklung der EU-Jugendpolitik durch ein eigenständiges Jugendkapitel im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) mit einem zweckgebundenen Budget von 15 Prozent im Rahmen von Erasmus+ und einen jugendgerechten Zugang zu den EU-Jugendprogrammen.

Jugendbeirat der Kommissionspräsidentin – ein Meilenstein?

In den Leitlinien für die Amtszeit der Europäische Kommission (2024–2029) hat Ursula von der Leyen die Einrichtung eines Jugendbeirats angekündigt, der im Juni 2025 mit 28 Mitgliedern als offizielle Expertengruppe startete. So sollen die Perspektiven und Ideen junger Menschen strukturell in die EU-Politik eingebracht und die Präsidentin diesbezüglich beraten werden. Das ist zweifelsohne ein starkes Zeichen für mehr Mitsprache junger Menschen in der EU-Politik. Ob diese Initiative zu einem wirksamen Push-Faktor für einen Politikwechsel hin zu einer partizipativen, tatsächlich jungen Jugendpolitik wird, hängt jedoch davon ab, inwieweit der Jugendbeirat an bestehende partizipative Strukturen wie den EU-Jugenddialog angebunden wird und ob es künftig gelingt, über das Zuhören hinaus ein Gleichgewicht zwischen Beratung und Agenda-Setting herzustellen.

European Youth Work Convention (EYWC)

Unter dem Motto „Youth Work Xcelerate“ (Jugendarbeit beschleunigen) fand vom 27.–30. Mai 2025 die Vierte European Youth Work Convention in Valletta mit über 500 Teilnehmenden statt. Sie wurde von der maltesischen Regierung in Kooperation mit der Nationalen Agentur für EU-Programme (EUPA) und dem Europarat ausgerichtet. Ziel war es, Jugend- und Jugendverbandsarbeit in Europa durch Anerkennung, Qualität, Inklusion und Wertebildung voranzubringen.⁶ In den derzeit angespannten Zeiten ist gerade die Jugendarbeit in Europa ein wichtiger, die Demokratie stärkender Pfeiler für das Empowerment und die Wertebildung junger Menschen. Es wurde eine Roadmap für eine Europäische Strategie zur Stärkung der Jugendarbeit diskutiert, um das disparate Arbeitsfeld strukturell besser aufzustellen.

Die Zukunft von Erasmus+

Im Juli hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zur neuen Programmgeneration von Erasmus+ (2028–2034)⁷ vorgelegt, die mit 40,8 Mrd. Euro

5 Dänische Ratspräsidentschaft: Policy paper on the Erasmus+ programme for the period 2028–2034, September 2025, abrufbar unter <https://jugenddialog.de/wp-content/uploads/2025/10/Policy-paper-on-the-Erasmus-programm-for-the-period-2028-2034-outcomes-from-the-EU-Youth-Conference-in-Copenhagen-2025.pdf> (letzter Zugriff: 31.10.2025).

6 Ausführlicher siehe Europarat/Europäische Union: 4th European Youth Work Convention, abrufbar unter <https://pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/4th-european-youth-work-convention-> (letzter Zugriff: 31.10.2025).

7 Europäische Kommission: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms Erasmus+ für den Zeitraum 2028–2034 (...), COM(2025) 549 final, 16.7.2025.

ausgestattet werden soll. Parallel laufen die Verhandlungen zum EU-Haushalt, der das Budget für Erasmus+ genehmigen muss.⁸ Unter dem Motto „Erasmus+ für alle“ sollen Lernmobilitäten und der Kapazitätsaufbau in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Jugend und Sport verstärkt gefördert werden. Alle Austausch- und Freiwilligenaktivitäten werden künftig unter einem Dach von Erasmus+ gebündelt. Der Fokus liegt auf Inklusion, Kompetenzerwerb sowie der Förderung von europäischer Identität und demokratischer Teilhabe. Mit einem starken Jugendprogramm will die Kommission dem wachsenden Rechtspopulismus entgegenwirken und auch im Jugendsektor „Preparedness“ zur Vorbereitung auf Krisen erreichen. Im Sinne der „Union of Skills“⁹ sollen die Schlüsselkompetenzen der jungen Generation für eine wettbewerbsfähige EU umfassend gestärkt werden.

Jugendverbände und Träger der Freiwilligenarbeit stehen dem Vorschlag teilweise kritisch gegenüber. Sie sehen eine Schwächung der Eigenständigkeit und Spezifik des Jugendsektors: weder der EU-Jugenddialog als zentrales Partizipationsinstrument noch die Besonderheit des Europäischen Solidaritätskorps (ESK) finden Berücksichtigung. Dabei hat die Evaluierung¹⁰ ergeben, dass das ESK in seiner speziellen Anlage einen erheblichen Mehrwert und Vorteile bietet, die von den Mitgliedstaaten allein nicht erreicht werden können. Auch wird die hervorgehobene Rolle bei der Förderung der europäischen Identität unterstrichen. Mit dem Fokus auf die formale Bildung zeigt sich im Vorschlag für Erasmus+ eine starke Arbeitsmarktorientierung, die von den Akteuren der europäischen Jugendarbeit bemängelt wird. In den Verhandlungen müsste angesichts wachsender Bedarfe und inflationsbedingter Mehrkosten auf eine ausreichende Budgetierung speziell für das Jugendkapitel des Programms geachtet werden.¹¹

Fazit: Jugendpolitik weiterentwickeln

Die Europäische Kommission hat zu Beginn ihrer Amtszeit (2024–2029) jugendpolitisch deutlich an Fahrt aufgenommen. Als zentral werden Maßnahmen erachtet, die das Fortwirken des Europäischen Jahres der Jugend (2022) verstärken sollen: der EU-Jugendcheck¹², der Jugendbeirat der Kommissionspräsidentin und die jugendpolitischen Dialoge mit den Kommissionsmitgliedern aller Generaldirektionen wie auch ein regelmäßiger Austausch mit Stakeholdern. Als wichtigstes Instrument für eine strukturell verankerte Jugendpartizipation wird der EU-Jugenddialog erachtet. Allerdings findet dieser im Vorschlag für Erasmus+ ab 2028 keine Erwähnung.

Bemerkenswert ist der Nachdruck, mit dem auf höchster politischer Ebene junge Menschen in den Fokus genommen werden. Auch bestehen hierzu einige richtungsweisende

8 Eine umfangreiche Einschätzung des Europäischen Jugendforums zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MRF) mit Blick auf den geplanten Erasmus-Haushalt abrufbar unter <https://www.youthforum.org/news/erasmus-reaction-on-new-mff> (letzter Zugriff: 31.10.2025).

9 Europäische Kommission: Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Die Union der Kompetenzen, COM(2025) 90 final, 5.3.2025.

10 Europäische Kommission: Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Zwischenevaluierung des Europäischen Solidaritätskorps 2021–2027 und die abschließende Evaluierung des Europäischen Solidaritätskorps 2018–2020, COM(2025) 144 final, 1.4.2025.

11 JUGEND für Europa: Stellungnahme des Jugendbeirats von JUGEND für Europa zum Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung zu Erasmus+ 2028–2034, 2025, S.1, abrufbar unter <https://www.jugend-fuer-europa.de/ueber-jfe/jugendbeirat/> (letzter Zugriff: 4.11.2025).

12 Weiterführende Informationen siehe Europäische Union: EU-Jugendstrategie. Jugendcheck der Europäischen Kommission, abrufbar unter https://youth.europa.eu/strategy/youth-check_de (letzter Zugriff: 31.10.2025).

Forschungsinitiativen.¹³ Es soll eine Weiterentwicklung der jugendpolitischen Zusammenarbeit angestoßen werden, um ein integratives, geeintes und robustes Europa als Wertegemeinschaft zu festigen, junge Menschen zu befähigen und die Bindungen zwischen Generationen und Gemeinschaften nachhaltig zu stärken. Mit diesem Politikansatz und der Zuständigkeit der Ressorts¹⁴ setzt die Kommission bewusst auf die „doppelte DNA“ des künftigen Erasmus+ Programms: Kompetenzerwerb und Partizipation. Einerseits sollen Fähigkeiten gestärkt werden, die für eine konkurrenzfähige, nachhaltige, resiliente und digitale Wirtschaft und Gesellschaft nötig sind. Andererseits soll die Teilnahme am Programm junge Menschen bei der Entwicklung von demokratischem Engagement, kritischem Denken, der Respektierung europäischer Werte, der Vorbereitung auf Krisen, sowie der Entwicklung eines solidarischen, europäischen Zugehörigkeitsgefühls unterstützen.

Bei der angestrebten durchgängigen Berücksichtigung von Jugendfragen gilt es, ein verstärktes Augenmerk auf die Stärkung der Jugendarbeit in Europa zu richten. Angesichts der Fachdebatte um die „Shrinking spaces“¹⁵ für die junge Zivilgesellschaft und wie massiv in vielen Mitgliedstaaten der EU derzeit Jugendstrukturen unter Druck geraten sind, kann nicht oft und deutlich genug die Rolle der Jugendarbeit in Europa unterstrichen werden. Hier ist für junge Menschen Raum für Reflexion in ökonomisch, sicherheitspolitisch und demokratisch immer angespannteren Zeiten wie auch Raum für Engagement, ein Raum wo Jugendpartizipation eingeübt werden und zugleich in die Gesellschaft wirken kann.

Weiterführende Literatur

- Eva Feldmann-Wojtachnia/Barbara Tham: Der Jugendbeirat bei JUGEND für Europa. Erfahrungen, Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus dem ersten Zyklus. Evaluierungsbericht, München 2025.
- Eva Feldmann-Wojtachnia: Das Europäische Solidaritätskorps zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Stärkung von freiwilligem Engagement in Zeiten der Krise, in: Andrea Walter et al. (Hg.): Umbruch, Druck, Transformation? Gegenwart und Zukunft des Engagements, Baden-Baden 2026, S. 347–362 (im Erscheinen).
- Frederike Hofmann-van de Poll/Andreas Rottach/Svenja Wielath/Marit Pelzer: Youth Work, Herausforderungen in Deutschland und Europa am Vorabend der vierten Youth Work Convention, München 2025.

13 Siehe u. a. das SNAC-Projekt „New Power in Youth“ (NPIY), eine strategische Partnerschaft zwischen neun nationalen Agenturen für Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps sowie drei SALTO-Ressourcenzentren, koordiniert von der estnischen Nationalagentur, mit dem Bericht von Artūrs Pokšāns et al.: Youth involvement in decision-making: a matter of when and how, not if. Research of involvement of young people in decision-making of National Agencies, Tallin, 2024; abzurufen unter https://participationpool.eu/wp-content/uploads/2025/06/NPIY_Research-of-Youth-Involvement-2025.pdf (letzter Zugriff: 31.10.2025).

14 Einerseits bei der EU-Kommissarin und Vizepräsidentin Roxana Mînzatu (Soziale Rechte und Kompetenzen, hochwertige Arbeitsplätze und Vorsorge), andererseits bei EU-Kommissar Glenn Micallef (Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport).

15 Ausführlicher siehe: Christina Schneider/Carolin Vogt/Christian Herrmann: Shrinking Spaces, in: beyond 1/2025, S. 6–11.